

# MÄNNLICHE ALLIANZEN, WEIBLICHE STRATEGIEN: ÜBERLEGUNGEN ZUR GESCHLECHTERGERECHTIGKEIT IN LATEINAMERIKA

Von Evelyne Puchegger-Ebner

Entgegen den Images, die in den westlichen Medien oft kolportiert werden, sind Frauen in Lateinamerika nicht nur Opfer menschenverachtender Gesellschaftsstrukturen und oft mörderischer Politik, sondern greifen aktiv in das politische Geschehen ein. Bis zu 80 Prozent der sozialen Bewegungen in Lateinamerika werden von Frauen getragen. Weiters ist hierzulande kaum bekannt, dass lateinamerikanische Frauen Politik viel breiter und tiefer definieren – bis in das Private hinein. Dabei ist die Beschäftigung mit dem komplexen Begriff „Macht“ – Macht im Privaten (im eigenen Heim), in der offiziellen Politik und im alltäglichen Umfeld – ein häufig wiederkehrendes Thema. Letztendlich geht es um die Macht, die Frauen nicht haben, aber wollen – also um Macht, die Männer haben,

deren Hauptanliegen darin besteht, den Mainstream männlichen Denkens in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zu verändern.

Alte Mechanismen und Strukturen lassen sich allerdings nicht so einfach abbauen. Ab Ende des 20. Jahrhunderts wurde zwar die Tatsache akzeptiert, dass Frauen in nationalen Befreiungsbewegungen mitkämpfen oder dass sie sich für bessere Arbeitsbedingungen einsetzen, der Kampf um ein Ende der Unterdrückung innerhalb der Familie ist jedoch noch immer nicht gewonnen – ebenso wenig der im politischen Bereich.

## Frauen-(Ohn)Macht

Die derzeitige politische Rückkehr linker Gruppierungen, Parteien und Integrationsfiguren in Lateinamerika stärkt kol-

und klassenspezifische Differenzen zu überbrücken –, allerdings nur jene zwischen Männern. „Vergeschwisterung“ findet (noch) nicht statt. In diesem Sinne griff auch Morales bei der Regierungsbildung auf die „Geschlechterrhetorik“ der neoliberalen Parteien zurück: Er führte eine Mindestquote für Frauen auf seinen Listen ein und zwar im Verhältnis 1:15. Mit Rückgriff auf eine biologische Quotenregelung gelang es ihm, die direkte politische Vertretung von Frauen zu umgehen.

Nichtsdestotrotz sind Frauen in den meisten lateinamerikanischen Ländern heute ein entscheidender politischer Faktor. Die Oppositionsbewegungen gegen die Diktaturen haben das Politikmonopol der Parteien gebrochen. Gleichzeitig ist der politische Einfluss von organisierten Indigenas, Frauen- und Menschenrechtsgruppen gewachsen, eine – historisch gesehen – kurzfristige Entwicklung, denn Ungleichheit und soziale Ausgrenzung kennzeichneten die lateinamerikanische (Kolonial)Geschichte. Asymmetrische und diskriminierende Gesellschaftsverhältnisse prägen seither das Selbstverständnis/Selbstbild des süd-, mittelamerikanischen und karibischen Raumes. Einer der bedeutendsten Unterdrückungsfaktoren resultiert aus der nationalstaatlichen Männerherrschaft (*machismo*). Das religiös-mythische Konzept des *marianismo* – abgeleitet von den Tugenden des katholischen Weiblichkeitsstereotyps „Jungfrau Maria“ – ergänzt diese Weltsicht. Es normierte Frauenrollen auf das Klischee der „guten“, der verantwortungsbewussten und moralisch unantastbaren Frau, der „selbstlosen Heiligen“, die sich für Mann und Familie aufopfert.

Kirche und Staat bilden meist eine Allianz, um die patriarchale Ideologie der lateinamerikanischen Mehrheits-Gesellschaft aufrechtzuerhalten. Diese Einstellung dominiert das Denken von Männern und Frauen, durchdringt alle Lebensbereiche, formt Wertvorstellungen und Gewohnheiten. Frauen sind dabei ebenso an die rigiden sozialen und sexuellen Rollenbilder angepasst wie Männer und tragen so zu deren Fortbestehen bei. Sexualmoral, Familienpolitik sowie Familienfürsorge



Foto: Evelyne Puchegger-Ebner

Eine Tarahumara-Frau – weltweit wirtschaften Frauen als Selbstversorgerinnen...

aber nicht abgeben wollen. Und es geht um Geschlechtergerechtigkeit – diese beinhaltet immer eine individuelle und eine kollektive Entscheidungs- und Handlungsfreiheit (u.a. in der Berufswahl, Gestaltung von Partnerschaften und Lebensweisen). Mit dem Begriff „Geschlechtergerechtigkeit“ (*gender mainstreaming*) wird eine Strategie zur nachhaltigen Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Män-

ner bezeichnet, deren Hauptanliegen darin besteht, den Mainstream männlichen Denkens in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zu verändern. Alte Mechanismen und Strukturen lassen sich allerdings nicht so einfach abbauen. Ab Ende des 20. Jahrhunderts wurde zwar die Tatsache akzeptiert, dass Frauen in nationalen Befreiungsbewegungen mitkämpfen oder dass sie sich für bessere Arbeitsbedingungen einsetzen, der Kampf um ein Ende der Unterdrückung innerhalb der Familie ist jedoch noch immer nicht gewonnen – ebenso wenig der im politischen Bereich.

## ⇒ von Seite 25 : GESCHLECHTER-GERECHTIGKEIT

werden nach wie vor von katholischen Normen und Werten bestimmt. (Ähnliche Ziele verfolgen auch die verschiedenen evangelikalen Sekten, welche die indigene Bevölkerung zu bekehren versuchen. Diese Gruppen missionieren meist in Abhängigkeit von ökonomischen und machtpolitischen Interessen des US-Imperialismus.) Sowohl *machismo* als auch *marianismo* variieren schichtenspezifisch und in der Zeit. Männer der Oberschicht leben ihr Macho-Dasein anders aus: Sie holen sich



Foto: Evelyn Fuchegger-Ebner

... und tragen durch ihre Arbeitskraft zur Ernährungssicherung bei.

die Bestätigung für ihr Selbstwertgefühl in Beruf und Politik. Hier gilt oft noch der alte (mittelmeerländische) Ehren-Kodex, der vermittelt, dass der *pater familiae* nicht nur Rechte hat, sondern ihm auch die Verantwortung für die Versorgung der Familie obliegt. Gegen den *marianismo* spricht wiederum, dass sich viele Frauen der Unterschicht lieber alleine durchkämpfen, statt sich an einen Mann zu binden. Außerdem sind beide Phänomene der nationalstaatlichen Gesellschaft, nicht unbedingt aber von indigenen Gemeinschaften.

Eine Vielfalt an geographischen, sprachlichen und kulturellen Verschiedenheiten

hebt die sogenannten lateinamerikanischen Gemeinsamkeiten wieder auf. In den lateinamerikanischen Staaten können innerhalb eines Bundeslandes oder sogar in einer Region unterschiedlich strukturierte Gesellschaftsformen nebeneinander existieren - und so werden auch entsprechend unterschiedliche soziale Positionen von Frau-Sein gelebt. Es kommt zwar zu etlichen Überschneidungen und Durchkreuzungen, aber ebenso gibt es viele ganz spezifisch lokale Charakteristika. So auch hinsichtlich der Vorstellungen von Geschlechterverhältnis, Geschlechtlichkeit und Körper, die sich oft erheblich von der nationalstaatlichen Mainstream-Ideologie patriarchalischer Prägung unterscheiden und z.B. von einer Idee der Geschlechterparallelität und/oder einer Ausbalanciertheit von Beziehungen im Kosmos (wobei die geschlechtliche nur eine unter vielen ist) ausgehen. Abwertung und Diskriminierung indigener Lebenswelten machen diese alternativen Konzepte „unsichtbar“ – sie werden als irrelevant im nationalstaatlichen Diskurs eingestuft und ignoriert. Aufgrund des generalisierenden (und somit reduzierenden) kurzen Überblicks kann hier nicht näher darauf eingegangen werden.

Dieser sozio-kulturellen Mannigfaltigkeit ist aber auch das Potential zu einer Vielzahl an Differenzen (und Unterdrückungsmechanismen) inhärent. Sie entstehen als Varianten von *race*, *class* and *gender*, immer stärker aber auch an der Schnittstelle von lokal/global: Kulturwandel und gesellschaftliche Umbrüche im Zuge der Globalisierung machen Frauen öfter zu Verliererinnen im Modernitätsprozess als Männer. Bei der Partizipation in den gesellschaftlichen Domänen Arbeit, Bildung und Gesundheit waren und sind Frauen eindeutig unterrepräsentiert.

Drohende Verarmung, innerfamiliäre Gewalt, Alleinerzieherinschaft, Alkoholismus der Männer, soziale Marginalisierung veranlassen und veranlassen Frauen zur Selbsthilfe. Solche Ansätze sind in Ländern des Südens oftmals Grundlage bei der Umsetzung von Sozialprojekten und Gender-Sensibilisierungsmaßnahmen. Frauen werden in ihren kulturellen und individuell wichtigen Bereichen angesprochen, um mittelfristig damit auch eine Sensibilisierung in puncto Unterdrückungsstrukturen zu erreichen. Frauen unterscheiden sich zwar u.a. nach Rasse, Klasse, Ethnizität – dennoch bilden sie ein soziales Subjekt. Trotz verschiedener weiblicher Wirklich-

keiten/Lebenswelten schließen sich Frauen zusammen und verfolgen konsequent das gemeinsame sozio-politische Anliegen, die Benachteiligung von Frauen aufzuheben. Dabei werden zwei Zielsetzungen – entsprechend den primären und sekundären Bedürfnissen der Existenzsicherung – verfolgt: Erstere – die „unmittelbaren Interessen“ – setzen an den konkreten (Über)Lebensbedingungen an (der Notwendigkeit für Essen, Kleidung, Wohnen, Gesundheitsvorsorge, etc. aufkommen zu müssen). In engem Zusammenhang damit steht die Durchsetzung des zweiten Bereiches, der „strategischen Interessen“: Diese zielen auf ein Ende der für die Frauen benachteiligenden, geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung in allen Bereichen ab sowie auf ein Ende der Gewalt gegen und Diskriminierung von Frauen.

### Zur Demontage des Patriarchats

Weltweit wurden Frauenrechte sehr lange unter den allgemeinen Grundrechten subsumiert, die spezielle Lebensrealität von Frauen blieb dadurch unbeachtet und ihre geschlechtsspezifischen Diskriminierungen wurden nicht wahrgenommen. In Lateinamerika hingegen war die Frauenrechtsbewegung immer ein zentrales und einigendes Anliegen der verschiedenen Frauenbewegungen. Bereits in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts engagierten sich lateinamerikanische Frauen für Geschlechtergerechtigkeit – im Sinne einer Anerkennung von Frauenrechten. Es ist der Verdienst dieser Frauen, dass Lateinamerika eine wichtige Rolle bei der Entwicklung der international festgeschriebenen/festgehaltenen Menschen- und vor allem der Frauenrechte spielte: Die interamerikanische Konferenz von 1938 hatte schon eine Erklärung zur Verteidigung der Menschenrechte angenommen, als Bertha Luz (Brasilien) und Martha Bernardino (Dominikanische Republik) einforderten und durchsetzten, dass die UN-Charta in ihrer Präambel die Gleichberechtigung von Mann und Frau bestätigt. Ihr starkes Engagement auf internationaler Ebene trug dazu bei, dass Frauenrechte heute als Teil der Menschenrechte anerkannt sind. Die mittlerweile international verankerten Rechte werden mittels politischer, religiöser und kultureller Vorwände dennoch immer wieder gebrochen.

Frauenforderungen sind immer mit einer Demontage des Patriarchats verbunden. Aus diesem Grund werden von (männ-

lich) politischer Seite auch nie Zugeständnisse gemacht, die adäquat auf die Forderungen von Frauen eingehen, geschweige denn umgesetzt. Außerdem versuchten von Beginn der Frauenbewegungen an Politik und Wirtschaft die Anliegen von Frauen zu vereinnahmen und als Legitimation für die jeweiligen politischen Konzepte und ökonomischen Interessen zu benutzen.

Ein Beispiel dafür ist die argentinische Organisation der „*Madres de la Plaza de Mayo*“: Sie wurde im Jahre 1977 von 14 Frauen gegründet, die ihrem Protest gegen das Verschwinden ihrer Kinder in den Fängen der Militärjunta eine Plattform bieten wollten. Aus der Bewegung entstand eine politische Organisation mit erheblich erweitertem Betätigungsfeld: So gründeten die *madres* eine eigene Universität, veranstalten spezielle Veranstaltungen für Frauen(-gruppen) und versuchen durch weltweite Vorträge, auf Menschenrechts-Anliegen aufmerksam zu machen. Die Aktualität dieses Aspekts bleibt bestehen: Obwohl in Lateinamerika viele Errungenschaften zugunsten der Frauen aufgrund von gravierenden politischen und sozio-ökonomischen Umwälzungen erreicht wurden, mussten sie ebenso oft genau aus diesem Grund wieder aufgegeben werden.

## Kulturelle Veränderungen statt sozialer Gerechtigkeit

Ideen reisen schnell im Zeitalter der Globalisierung. Politische und ökonomische noch schneller. Aus diesem Grund konnte auch die westliche, neoliberal orientierte Politik der Anerkennung (*politics of recognition*) weltweit so rasch an Bedeutung und Einfluss gewinnen: Als der Versuch, das Prinzip des Wohlfahrtsstaates von der Klasse auf das Geschlecht auszudehnen, nach 1989 scheiterte, machte der Feminismus eine politische Kehrtwende: Anstelle der sozialen Gleichheit geht es nun in erster Linie um kulturelle Veränderungen. Unfähig, zielstrebig gegen die Ungerechtigkeiten der politischen Ökonomie vorzugehen, veränderte sich die feministische Argumentationslinie: Mittels *politics of recognition* wurden die Vorstellungen von Gleichheit durch den Begriff der „Anerkennung“ ersetzt. Ferner verdrängte die Fokussierung auf androzentrische Strukturen in Kulturen als Ursache von Hierarchien und Differenzen die (ursprüngliche) feministische Agitationsbereitschaft. Egal ob es um Gewalt gegen Frauen geht oder Ungleichheiten in der politischen Repräsentation, Feministinnen

beziehen sich ab diesem Zeitpunkt auf den politisch korrekten Begriff der „Anerkennung“ und ebneten so neoliberaler Ideologisierung den Weg.



Oft obliegt den Frauen die alleinige Verantwortung für die wirtschaftliche Versorgung.

Im Neoliberalismus wurde die Lohnarbeit von Frauen zu einer unverzichtbaren Säule der ökonomischen Ordnung. Ein cleverer Schachzug neoliberaler Politik war daher die Instrumentalisierung von *gender mainstreaming*, indem die in Fragen der Geschlechterpolitik versierten NGOs in die Rolle von VermittlerInnen neoliberaler Regierungen gedrängt wurden, sowie die Flexibilisierung am Arbeitsmarkt und die damit einhergehende Mehrfachbeschäftigung. Am Beispiel Perus offenbarte sich das Dilemma feministischer NGOs, die über international finanzierte Programme eine große Aufwertung erfahren haben, aber dafür auch in Projekten vertreten sind, die ihren eigentlichen Anliegen fundamental widersprechen. Die nachträgliche Analyse eines bevölkerungspolitischen Programms in Peru, in dessen Rahmen zwischen 1995 und 1998 mehr als 300.000 Frauen sterilisiert wurden, illustriert die Gefahr der Vereinnahmung feministischer NGOs durch politische und ökonomische Machthaber.

Die großen feministischen NGOs des Landes, die an dieser Kampagne beteiligt waren, konnten sich erst spät zu einer kritischen Haltung durchringen. Die neuen Wirtschaftspraktiken bauten Sozialleistungen ab, während sie gleichzeitig prekäre Formen der Lohnarbeit wie Subunternehmertum und Zeitarbeit hervorbrachten und

die Position der Gewerkschaften unterminierten. *Gender mainstreaming* etablierte sich als neo-liberale Reorganisationsstrategie zur Optimierung geschlechtlicher

Humanressourcen. Konsequenterweise wurden und werden soziale Ungleichheiten und Ausschlüsse durch eine bloße Vielfaltsrhetorik verdeckt.

Weltweit tragen Frauen durch ihre Arbeitskraft (u.a. als landwirtschaftliche Produzentinnen, Arbeiterinnen, Betreiberinnen von Kleinbetrieben/Mikro-Unternehmerinnen) zur Ernährungssicherung bei. So kommt auch lateinamerikanischen Frauen in vielen Regionen eine große Bedeutung zu als landwirtschaftliche, Kleinbetriebs-Produzentinnen und/oder Händlerinnen von Lebensmitteln. Sie bebauen das Land, betreuen die Herden, verarbeiten Rohstoffe, bestimmen meist eigenverantwortlich die Herstellung und Vermarktung ihrer Produkte oder verkaufen die Erzeugnisse anderer Frauen – sowohl in ruralen wie urbanen Kontexten – und integrieren sich dabei in das vorherrschende Marktsystem. Gleichzeitig sind sie diejenigen, welche besonders stark von sozialen Schwankungen betroffen sind.

Mit Inkrafttreten der Freihandelsverträge wurden die lokalen Märkte von subventionierten Billigprodukten aus den USA überschwemmt. Mit diesen Dumping-Preisen konnten/können die einheimischen Bäuerinnen nicht konkurrieren. Subsistenzwirtschaft und kleinbäuerliche Wirtschaftsstrukturen müssen endgültig der *life industry* – der globalisierten, kon-

⇒ von Seite 27 : GESCHLECHTER-  
GERECHTIGKEIT

zerngesteuerten Nahrungsmittelproduktion – weichen. Mit dem Entzug ihrer Existenzgrundlage beginnt die Abwanderung der Frauen in die urbanen Zentren, und in weiterer Folge kommt es zum Zerfall der ruralen sozio-kulturellen Strukturen, was wiederum die Migration fördert. Die anwachsende Zahl arbeitsloser Frauen in den Städten stellt eine weitere Konsequenz der Auswirkungen von Freihandelsverträgen dar: Die Frauen müssen hier unter schlechtesten Bedingungen ihr Überleben sichern – entweder als Billigstarbeitskräfte in den *maquilas* oder der Sexindustrie. Diese Frauen sind auch eine leichte Beute für den zunehmenden, international organisierten Menschenhandel.

Die Chance in ein rentables Berufsleben einzusteigen, ist also für viele Frauen gering. Es gibt zwar in den lateinamerikanischen Zentren eine kleine, neue weibliche Mittelschicht, einige wenige Gewinnerinnen der Globalisierung. Generell aber beträgt die Lohndifferenz zwischen Frauen- und Männerarbeitsplätzen auch in Lateinamerika ca. 40%. Der größte Teil der weiblichen Arbeitsplätze befindet sich im (sozial) extrem ungeschützten Dienstleistungssektor sowie zunehmend in den bereits erwähnten *maquilas*, den exportorientierten Weltmarktfirmen der schnell wachsenden Freihandelszonen.

Ferner werden Dienstleistungen – entsprechend der Logik des Freihandels – privatisiert und staatliche Einrichtungen eliminiert. Auch hier sind primär Frauen die Betroffenen dieser neoliberalen Auswirkungen. Zahlreiche Leistungen wie Bildung, Gesundheit, Kinder- und Altenpflege sind für viele Menschen nicht mehr finanzierbar und müssen von den Frauen – gemäß dem internalisierten patriarchalen Geschlechtermuster – „nebenher“ erbracht werden, d.h. zusätzlich zur unterbezahlten Lohn- und unbezahlten Hausarbeit. In diesem (wirtschafts)aggressiven Klima steigt auch die Gewaltnutzung gegenüber Frauen im Alltag rapide an und die Zunahme an Frauenmorden ist alarmierend.

In Mexiko und Guatemala, wie auch in anderen Ländern Lateinamerikas, finden seit Jahren Hunderte von Entführungen und Ermordungen von Frauen statt. Menschenrechts- und Opferorganisationen betonen immer wieder, dass diese Morde einen ganz bestimmten sozialen und wirtschaftlichen Hintergrund haben. Bisher

blieben Verbrechen zum größten Teil un-aufgeklärt bzw. wurden fragwürdige Verurteilungen ausgesprochen. Zahlreiche Initiativen der Zivilgesellschaft und AnwältInnen setzen sich seit Jahren erfolglos für Aufklärung und Verurteilung ein.



Marienstatue: Symbol für den *marianismo*

Negative neoliberale Auswirkungen bestimmen ebenso die männlichen Realitäten: Männer verlieren an Ansehen und Einkommen, wenn formal abgesicherte „männliche“ Arbeitsplätze verschwinden. Ihre Arbeits- und Orientierungslosigkeit manifestieren Männer allerdings nicht im öffentlichen Bereich, sondern kompensieren sie über den privaten: Sie reagieren auf diese Veränderungen ihrer sozialen Position verstärkt mit Gewalt zur Aufrechterhaltung ihrer verloren gegangenen Autorität. Neuere Untersuchungen zeigen, dass häusliche Gewalt besonders dort vorherrscht, wo Frauen die Hauptnährerinnen der Familie sind. In diesem Sinne ist Neoliberalismus nicht nur eine Wirtschaftsform, sondern gleichermaßen eine Ideologie, die sich auf das gesamte Denken, Fühlen, Handeln der globalisierten Menschheit auswirkt und de facto alle Sphären des Lebens durchdringt.

Damit hat der Feminismus – ebenso wie andere soziale Bewegungen auch – zugelassen, dass sich ökonomische Hierarchien verschärf(t)en – nicht nur in der „Dritten Welt“. Der Handlungsspielraum für egalitäre Umverteilungsprojekte im Süden verengte sich rapide. Aus diesem Grund werden Begriff und Konzept der „Geschlechtergerechtigkeit“ kritisch hinterfragt bzw. die heutigen neoliberalen Wirtschaftsprogramme von Frauen ver-

schiedenster ethnischer Herkunft heftig kritisiert: Die Privatisierung des Gesundheits- und Bildungswesens, das Ende der Stützung von Grundnahrungsmitteln, das Wegrationalisieren von Arbeitsplätzen (be)trifft vor allem die Frauen.

Weiblicher Widerspruch als Einspruch gegen Armut, Gewalt, Ausbeutung und Diskriminierung ist im Kontext von neoliberaler Stromlinienförmigkeit wesentlich: So lange nämlich diese ökonomischen Praxen das Nord-Süd-Gefälle verhärten, kann es keine Geschlechtergerechtigkeit geben – weder in Lateinamerika noch anderswo. Deshalb ist es notwendig, sich mit zentralen Themen von Frauenbewegungen auf transnationaler Ebene auseinanderzusetzen: Im Zeitalter der Globalisierung und neoliberaler Expansionen ist eine Analyse auf rein nationalstaatlicher Basis nicht mehr aussagekräftig. Globale Strukturen bestimmen bereits die Situation von Frauen in den Nationalstaaten. In Form von Großkonzernen und internationalem Kapital(fluss) wirken sie „von außen“ auf die jeweiligen Gesellschaften ein und beeinflussen die nationalstaatlichen Realitäten.

Da Neoliberalismus auf globaler Ebene operiert (auch wenn er lokal wirkt), können seine Folgen auch nur mittels transnationaler Strategien effizient behoben werden. D.h. um derzeit überhaupt von Geschlechtergerechtigkeit sprechen zu können, müssen die Beziehungen zwischen Verteilungs- und Anerkennungspolitik betrachtet werden und in die feministische Politik einfließen. Dies gelingt jedoch nur unter Einbeziehung der globalen Wirtschaftsmechanismen. Denn Geschlechtergerechtigkeit hat drei Dimensionen: Umverteilung, Anerkennung und Repräsentation. In dieser dritten Phase des Feminismus geht es vor allem darum, Ungerechtigkeiten in der Güterverteilung und eine Politik der Anerkennung auf transnationaler Ebene (u.a. Vereinte Nationen, Weltsozialforum) zu verbinden.

In diesem Sinne kommt der Wahrung von wirtschaftlichen und sozialen Rechten heute mehr denn je große Bedeutung zu: Verbriefte Rechte sind eine Unterstützung für alle Frauen – speziell auf Ebene des internationalen Rechts. Langfristig unterlaufen sie die praktische Rechtlosigkeit von Frauen an der Basis. ■

Evelyne Puchegger-Ebner ist Lektorin der Kultur- und Sozialanthropologie an der Universität Wien, Mitbegründerin und Präsidentin des ethnomedizinischen Arbeitskreises EMLAAK, Filmschaffende und Autorin in freier Praxis.